

Otto Lenz (1903 bis 1957)  
zum 100. Geburtstag

# Engagierter Demokrat und begabter Kommunikator

Günter Buchstab

Im Juni 1956, ein Jahr vor der dritten Bundestagswahl, erschien die erste Nummer der *Politischen Meinung*. Sie sollte, so hieß es „in eigener Sache“, „Meinungen vermitteln“, „alle brennenden Fragen der Zeit anpacken und sie über die Polemik und schnelle Bewertung des Tages hinaus zu grundsätzlicher Analyse und Stellungnahme heben“ und „dem Nerv der Entwicklungen, Erscheinungen und Ereignisse ständig auf der Spur sein“ – in der Innen-, Außen- und der Gesellschaftspolitik. „Politisch denken heißt Stellung nehmen, heißt einen Standpunkt haben.“ So formulierten die Gründer Erich Peter Neumann und Otto Lenz, Staatssekretär im Kanzleramt von 1951 bis 1953, Ziel und Auftrag der neuen Zeitschrift. Bundeskanzler Adenauer fand den Start „ganz ausgezeichnet“, wobei er im Gespräch mit Lenz am 22. Juni 1956 betonte, „dass aus der Zeitschrift kein CDU-Organ gemacht werden dürfe, damit sie wirkliche Verbreitung finde“. Die *Politische Meinung* reihte sich ein in eine ganze Kette von Publikationsorganen, die der umtriebige Lenz in den Anfangsjahren der Bundesrepublik ins Leben gerufen hatte. Dazu zählten unter anderem die *Deutsche Korrespondenz*, der *Bonner Mittwochsdienst*, die *Politischen Informationen* der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise und so weiter. Diese Publikationsinitiativen waren Teil einer intensiven Informations- und Bildungspolitik, die Lenz zur Festigung der noch jungen Demokratie betrieb. Diese Politik wurzelte in den Einsichten, die er aus dem Scheitern der Weimarer Republik

gewonnen hatte. Das Aufkommen des Nationalsozialismus und die schließliche „Machtergreifung Hitlers“ beruhten nach seiner Überzeugung nicht nur auf der Unkenntnis und Akzeptanz des demokratischen Systems, sondern auch auf der unzureichenden Öffentlichkeitsarbeit und politischen Aufklärung durch die Regierungen. Der Nationalsozialismus hätte nicht so leicht an die Macht gelangen können, „hätten sich die damaligen demokratischen Regierungen um eine ausreichende Unterrichtung der Bevölkerung bemüht“. Die Schlussfolgerung für ihn lautete also, durch systematische Information und Bildung die Demokratie „für die breiten Massen populär“ zu machen, deren latente Distanz zur Politik zu überwinden und in der Öffentlichkeit ein Klima der Zustimmung und des Vertrauens zu schaffen. Dazu bot sich ihm die Möglichkeit, nachdem Konrad Adenauer ihn 1951 als Amtschef ins *Zentrum der Macht*, so der Titel seines veröffentlichten Tagebuchs, berufen hatte.

## Zögerliche Berufung

Der eigentliche Kandidat des Kanzlers, Hans Globke, kam beim Aufbau des Amtes zunächst nicht in Betracht, da er – so Adenauer – „an dem bekannten Kommentar mitgearbeitet hatte und wir bei der Ernennung von Staatssekretären sorgsam darauf achten müssen, daß wir nicht irgendwelchen Angriffen dadurch Material geben“. Die Wahl fiel zunächst auf den Bundestagsabgeordneten Franz-Josef Wuermeling, der von 1947 bis 1949

als Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Innenministerium Verwaltungserfahrungen gesammelt hatte. Im Oktober 1949 trat er ein nur kurz währendes Gastspiel an; da ihm das parlamentarische Mandat wichtiger war, schied er bereits im Februar 1950 als Leiter des damals mit neunzehn Beamten des höheren Dienstes noch sehr kleinen Stabes wieder aus. Die Suche nach einem geeigneten Nachfolger als Amtschef gestaltete sich schwierig. Globke schlug seinen alten Bekannten Lenz vor, was er ihm am 17. Februar 1950 brieflich mitteilte: „Lieber Otto! Wie besprochen, habe ich die Frage bei A. zur Sprache gebracht. Er erklärte mir, daß er bei aller Würdigung Deiner Fähigkeiten instinktive Bedenken habe. Diese bewegen sich in der Richtung, daß Du eine selbständige Politik machen könntest.“

Globke und Lenz, beide Mitglied im Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), kannten und schätzten sich seit den dreißiger Jahren aus Berlin, wo sie der „Donnerstagesgesellschaft“ angehört hatten, einem Kreis von ehemaligen Zentrumspolitikern, Zentrumsbeamten und -journalisten sowie Funktionären katholischer Organisationen, die einander vertrauten und in ihrer grundsätzlichen Opposition zum Nationalsozialismus verbunden waren. Es dauerte noch bis zum 30. Dezember 1950, bis Adenauer, dem sich kein geeigneter Kandidat anbot, trotz seiner Vorbehalte bereit war, dem Vorschlag Globkes zu entsprechen und Lenz zu bitten, „ab 15. Januar 1951 bis auf weiteres die Behandlung der mit der innenpolitischen Organisation der Bundesrepublik Deutschland zusammenhängenden Fragen im Bundeskanzleramt zu übernehmen“. Seine politischen Bedenken hatte er zurückgestellt. Ausschlaggebend für seine Meinungsänderung war der bedenkliche Rückgang an Zustimmung zu seiner Politik (im April 1951 nur noch zwanzig Prozent), verursacht durch die schweren

innenpolitischen Auseinandersetzungen um die betriebliche Mitbestimmung in der Montanindustrie und die Frage der Wiederbewaffnung. Auch hatte es schon massive Verluste der Unionsparteien bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Hessen, Württemberg-Baden und Bayern gegeben. Was der Kanzler in dieser Situation brauchte, war weniger ein Administrator als vielmehr ein kontaktfreudiger und umtriebiger Mann, der seine politischen Vorstellungen teilte und in der Lage war, für die Arbeit und Ziele seiner Regierung erfolgreich zu werben. Lenz schien aufgrund seines Werdegangs in der Weimarer Republik dafür prädestiniert. Als er sein Amt antrat, machte Adenauer ihm klar, dass der „wichtigste Punkt“ seines Aufgabenbereiches „die Intensivierung der Presse und Propaganda“, „die Schaffung einer zugkräftigen Propaganda“ sei.

## Werdegang

Lenz war zu diesem Zeitpunkt 47 Jahre alt. Geboren wurde er am 6. Juli 1903 in Wetzlar. Nach dem Abitur studierte er Jura in Freiburg. Sein Studium schloss er 1924 an der Universität Marburg mit der Referendarprüfung und der Promotion (1925) ab. Nach dem Assessorexamen trat er in den Justizverwaltungsdienst ein, in dem er zunächst im preußischen Justizministerium tätig war. Hier übernahm er 1929 die Leitung der Pressestelle und verschaffte sich bei der deutschen Presse einen guten Namen. 1932 wurde er persönlicher Referent des Staatssekretärs Heinrich Hölscher, nach der so genannten Machtergreifung Hitlers dann Referent für Handelsrecht im Reichsjustizministerium. Im April 1934 wurde er unter Protest des NS-Rechtswahrerbundes zum Landgerichtsdirektor befördert.

1938 lehnte er die Versetzung an ein Gericht ab, weil er im NS-Staat nicht als Richter tätig werden wollte, und schied unter Aufgabe seiner Pensionsansprüche

aus dem Staatsdienst aus. In der Folgezeit war er als Rechtsanwalt am Kammergericht in Berlin tätig; seine Zulassung hatte er nur unter großen Schwierigkeiten erreicht. Als Gegner des Regimes stand er in Verbindung mit führenden Persönlichkeiten der Widerstandsbewegung – so versteckte er den später hingerichteten Regierungspräsidenten Ernst von Harnack in seiner Wohnung. Engen Kontakt hielt er zu dem ebenfalls nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Josef Wirmer, der ihn im November 1943 mit Carl Goerdeler zusammenbrachte. Auch Lenz wurde nach dem fehlgeschlagenen Attentatsversuch verhaftet und im Januar 1945 vor dem Volksgerichtshof angeklagt, weil er im Kreis um Goerdeler als Staatssekretär in der Reichskanzlei vorgesehen war. Ohnehin war er längst ins Visier der Gestapo geraten, verdächtig allein schon deshalb, weil er Juden anwaltlich vertreten hatte, deren Eigentum beschlagnahmt oder enteignet worden war. Vor allem machte ihn verdächtig, dass er 1944 Josef Müller, den „Ochsensepp“, vor dem Reichskriegsgericht verteidigt hatte, der des Hochverrats angeklagt war. Müller, der nach Kriegsende die CSU in München mitgründete, gehörte der Abwehr von Admiral Canaris an und war bereits 1943 verhaftet worden. Obwohl Lenz einen Freispruch wegen erwiesener Unschuld erreichte, blieb Müller weiterhin in Haft, zunächst im Gestapo-Gefängnis Berlin, dann in verschiedenen Konzentrationslagern, bis er am 4. Mai 1945 befreit wurde. Lenz selbst, dem nach dem 20. Juli 1944 das Todesurteil drohte, verteidigte sich vor dem Volksgerichtshof so geschickt, dass er wegen Nichtanzeige von Hochverrat nur zu vier Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. Möglicherweise kam er so glimpflich davon, weil der Vorsitzende Roland Freisler ihn aus gemeinsamer Zeit im Justizministerium kannte. Am 28. April 1945 wurde Lenz von sowjetischen Soldaten befreit, nach

Otto Lenz, 1903–1957

© ACDP



wenigen Tagen aber wieder für einige Wochen in Haft genommen mit der Begründung „deine Papiere zu gutt, du Spion“.

### Mitbegründer der CDU

Unmittelbar nach seiner Freilassung gründete das frühere Zentrumsmitglied in Berlin die CDU mit. Wie auch die übrigen Unterzeichner des Gründungsaufrufs der neuen Partei war er der Überzeugung, dass im Nachkriegsdeutschland nur eine interkonfessionelle Partei Zukunft haben werde. Zahlreiche Reisen führten ihn in den kommenden Monaten und Jahren in die Westzonen, wo er für die neue Partei warb. Als Anhänger der Vorstellungen Jakob Kaisers wie auch Josef Müllers, die stark in traditionellen, dem Reichsgedanken verhafteten Kategorien dachten, war Lenz mit seinen Aktivitäten Adenauer verdächtig, der die Ansprüche der Berli-

ner CDU auf die Führung der neuen Partei vehement ablehnte. Dies wird wohl 1950 mit ein Grund für das Zögern des Kanzlers gewesen sein, den Vorschlag Globkes sofort zu akzeptieren und Lenz als seinen Staatssekretär zu berufen. Auch Lenz war zunächst unsicher, ob er voll in die Politik einsteigen und sie zu seinem Hauptberuf machen sollte, hatte er doch seit Anfang 1946 zielstrebig seinen Berufswunsch verfolgt, als Rechtsanwalt in München tätig zu werden.

Die ursprünglich bei Adenauer wie übrigens auch bei Lenz vorhandene gegenseitige Reserve hatte seit Mitte 1947 einer gewissen Wertschätzung Platz gemacht, als Lenz bei den „Genfer Gesprächen“ christlich-demokratischer europäischer Politiker, an denen auch Adenauer teilnahm, auf dessen europapolitische Vorstellungen einschwenkte. In der Entstehungsphase des Kalten Krieges rückte Lenz von den Vorstellungen Jakob Kaisers ab und bekam einen anderen Blick auf die Zukunftsorientierung des europapolitischen Konzeptes, das Adenauer gegen die nationalstaatlich geprägten Denktraditionen vieler Zeitgenossen vertrat.

So nahm Lenz schließlich am 15. Januar 1951 seinen Dienst auf, doch blieb das Arbeitsverhältnis zunächst eine „Ehe auf Probe“ zwischen zwei von Temperament und Lebenseinstellung her höchst gegensätzlichen Charakteren. Erst am 20. März signalisierte er wachsende Bereitschaft, den Posten zu übernehmen, allerdings unter der Voraussetzung, „daß mir die Abwicklung meiner Praxis gestattet wird“. Er schwankte also immer noch, zumal er sich „nach wie vor kein besonderes Heil von meiner Tätigkeit“ versprach, wie er am 23. Mai bei der Übergabe der Bestallungsurkunde erklärte, die Bundespräsident Heuss schon am 29. März unterzeichnet hatte. Mit fliegenden Fahnen war er also dem Ruf Adenauers nicht gefolgt.

Und dennoch: Trotz seiner inneren Vorbehalte stürzte er sich mit Verve und politischer Leidenschaft in den folgenden Monaten in das tägliche Geschäft, in eine unablässige Abfolge von Telefongesprächen, Treffen mit Politikern, Kirchenvertretern, Gewerkschaftern, Männern der Wirtschaft, Lobbyisten, Diplomaten und Journalisten. Er spielte eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen über die Montan-Mitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz, die er mit ungewöhnlichem Geschick durch alle Klippen hindurchsteuerte, bemühte sich um eine bessere Abstimmung zwischen Finanz- und Wirtschaftsministerium, zwischen Fritz Schäffer und Ludwig Erhard, deren Zusammenarbeit zu wünschen übrig ließ, kümmerte sich um die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, beteiligte sich an der Gestaltung medienpolitischer Fragen wie der Teilung des Nordwestdeutschen Rundfunks und der weltweiten Repräsentanz der Politik der Bundesrepublik über die Langwelle, schaltete sich in die Preisgestaltung in der Montanindustrie, in Verhandlungen über den Aktienumtausch und über den Interzonenhandel ein, wirkte bei personalpolitischen Entscheidungen in Ministerien, Bundesbehörden und Medienanstalten mit, hatte eine Brückenfunktion zur CDU/CSU-Fraktion und war nicht zuletzt mit der Auswahl von Funktionären der CDU auf Bundes- und Länderebene befasst. Daneben war er durchaus auch im außenpolitischen Feld aktiv, ein Gebiet, für das im Amt die Zuständigkeit bei Herbert Blankenhorn und Walter Hallstein lag, denen der eigenständige Lenz in herzlicher Abneigung zugetan war. Bei einem der nicht seltenen heftigen Wortgefechte mit Adenauer meinte er: Wenn es diesem „nicht passe, daß ich ihm ab und zu das sagen würde, was ich dächte, dann soll er lieber Herrn Blankenhorn nehmen, der die Fähigkeit habe, noch während er einen Satz ausspreche, ihn so

zu wenden, wie er glaube, daß es ihm (dem Kanzler) recht sei“. Intensive Kontakte pflegte er auch auf Reisen nach Frankreich, Großbritannien und in die Vereinigten Staaten, wo es nicht nur um die Finanzierung seiner Werbekampagnen für die Bundesregierung mit amerikanischen Geldgebern ging.

Für die administrative Leitung des Kanzleramtes, die eigentliche Aufgabe eines Staatssekretärs, interessierte er sich weniger. Diese lag bei Ministerialdirektor Hans Globke in sicheren Händen. Stattdessen war er der Mann, der die politische Strategie erfolgreich mit den Mitteln der politischen Taktik kombinierte und mit unglaublicher Geschäftigkeit Dinge vorantrieb, Institutionen und Organisationen initiierte, gründete und förderte.

### Presse, Propaganda, Public Relations

Als Propagandaexperte war Lenz benötigt und geholt worden, hier lag sein wichtigstes Arbeitsfeld. Adenauer hatte ihn schließlich genommen, weil er einen Mann für die Image-Aufbesserung der Bundesregierung brauchte. Unzufrieden mit den seiner Ansicht nach unzureichenden Leistungen des Bundespresseamts, wollte er in seiner Umgebung jemanden haben, der sich mehr und besser um Presse und Rundfunk kümmerte. Mit Felix von Eckardt fand der neue Staatssekretär, nachdem er Ernst Lemmer nicht hatte durchsetzen können, schließlich einen sachkundigen Pressechef, mit dem er die „Experimentierphase der Adenauerischen Informationspolitik“ (Hans-Peter Schwarz) mit all ihren Pannen und personellen Fehlentscheidungen beendete und das Amt, das ihm direkt unterstellt war, zu einem effizienten Dienstleistungsbetrieb entwickelte. Jede Woche traf sich ein kleiner Kreis in seinem Büro am Bonner Hofgarten, zu dem unter anderen Erich Peter Neumann, Karl Willy Beer, Carl Helfrich und Franz Mai gehörten, um die publizistische Politik der Regierung zu

begleiten. Auf diesen Kreis soll nicht nur die Entwicklung des Instituts für Demoskopie und die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“, sondern auch die Idee zu den Teegesprächen Adenauers zurückgehen. Lenz war der Erste, der Public-Relations-Methoden in der Bundespolitik einführte und die Bedeutung der Meinungsforschung als Mittel der Hintergrundinformation für die Regierung erkannte. Er intensivierte die Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie in Allensbach und gab regelmäßig Umfragen in Auftrag, deren Ergebnisse zwar meist geheim blieben, deren Auswertungen aber ihren Niederschlag fanden in zahlreichen Publikationen mit Kommentaren, Glossen, Karikaturen, Reportagen und Informationen.

Um die Zustimmung zur Regierungspolitik herauszufinden, verstärkte Lenz seine guten Beziehungen zu Erich Peter Neumann und seiner Frau Elisabeth Noelle, die ihn ständig auf dem Laufenden hielten. Wenn ein Kabinettsmitglied vom Volk sprach, das angeblich dieses oder jenes wünschte, konnte er so, sein Ohr ständig am Pulsschlag der öffentlichen Meinung, mit konkreten Ergebnissen aus der Demoskopie sogleich entgegenen.

Die Stärke von Lenz lag in der Organisation einer indirekten Werbung, bei der man nicht sofort den Urheber erkannte. Er setzte bei der Bearbeitung der regionalen und vor allem der damals noch bedeutenderen lokalen Presse an, die er durch ein Netz von Zeitungskorrespondenten mit Nachrichten bediente, auf die es ihm ankam.

Entscheidende Bedeutung im Kampf um die öffentliche Meinung, insbesondere in der Frage der Wiederbewaffnung, erlangte die von ihm gegründete „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (ADK)“, die unter der Leitung des späteren CDU-Abgeordneten Hans Edgar Jahn zum ersten Mal in Deutschland

Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf nach amerikanischem Muster aufzog, eben Public Relations betrieb und der „Westernisierung“ der Bundesrepublik (Anselm Doering-Manteuffel) einen entscheidenden Schub gab. Filmvorführungen und eine effektive Plakatwerbung sowie tausende von Veranstaltungen, die unter der Bezeichnung „Staatsbürgerkunde“ oder politische Bildung liefen, wurden von ihm initiiert. Mit zielgruppenorientierten Informationsprogrammen für Meinungsbildner und mit „Events“ durch mobile Filmbühnen wirkte man bis in die kleinsten Orte hinein. Die „Bundeszentrale für Heimatdienst“, die heute noch unter der Bezeichnung „Bundeszentrale für politische Bildung“ besteht, geht auf seine Anregung zurück.

Diese intensive Befassung mit Informationspolitik und öffentlicher Meinung beruhte nicht nur auf dem Adenauer'schen Auftrag, sich um „die Intensivierung der Presse und Propaganda“ zu bemühen, sie entsprach auch seinem modernen Demokratieverständnis. In einer im Gefängnis festgehaltenen Tagebuchnotiz vom 11. Dezember 1944 forderte er für den Aufbau eines demokratischen Nachkriegsdeutschlands und einer überkonfessionellen, auf christlicher Grundlage zusammengehaltenen Bewegung: „Es müssen Versammlungen abgehalten werden, die die Notwendigkeit gegenseitiger Hilfe betonen, die Presse muß in den Dienst dieser Sache gestellt werden. Sammlungen müssen veranstaltet werden.“ Auf dieser Überzeugung, auf seinem ausgeprägten Sensorium für Massenwirksamkeit und der darin gegründeten Macht sowie auf der Erkenntnis, „daß es entweder eine richtige oder eine falsche Politik gäbe und daß man die richtige Politik doch wohl dann unterstützen könne, wenn sie von der Regierung gemacht werde“, basierte seine „quirilige Aktivität“.

Seine Wirksamkeit war bald nach seinem Amtsantritt zu spüren, die Zustimmung zu Adenauer und seiner Politik sowie zu den Unionsparteien stieg stetig an. Dies verschaffte ihm eine politische Schlüsselstellung, in der er, als der Termin der Bundestagswahl 1953 näher rückte, seine parteipolitischen Aktivitäten für den Wahlkampf verstärkte. Er selbst strebte ein Mandat an, um damit die Voraussetzung für einen Eintritt in das Kabinett zu schaffen, und kandidierte erfolgreich im Kreis Ahrweiler. Nach dem erdrutschartigen Wahlsieg am 6. September 1953, den auch Allensbach in dieser Höhe nicht vorhergesehen hatte (CDU und CSU erhielten 45,2 Prozent der Stimmen und die absolute Mandatszahl), fragte der Kanzler im Kabinett, „was eigentlich die öffentliche Meinung beeinflusst hätte, da doch die ganze Presse und der Rundfunk gegen uns gelegen hätten“. Lenz wies in seiner hintergründigen Antwort – sicher auch im Bewusstsein seiner eigenen Leistung – darauf hin, „daß die öffentliche Meinung eben nicht durch die Presse gemacht wird“.

### Gescheiterte Vorhaben und falsche Etikettierung

Seine Vorstellung, nach der Wahl ein Informationsministerium zu schaffen und zu leiten, ließ sich nicht realisieren. Der mit dem Kanzler abgestimmte Plan, der die Bündelung der Informationsarbeit des Kabinetts und der einzelnen Ressorts in der Hand eines Ministers vorsah, war vorzeitig bekannt geworden und in den eigenen Reihen – auch bei Pressechef von Eckardt – auf Widerstand gestoßen. Die Presse stellte Assoziationen zum Propagandaministerium im Dritten Reich her – die Erinnerungen an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda waren noch zu frisch – und warnte mit der zwar spektakulären, nichtsdestoweniger aber abwegigen Etikettierung vor einem „neuen Goebbels“.

Sofort distanzierte sich Adenauer von der ganzen Sache und ließ Lenz abrupt fallen, zumal auch die drei Hohen Kommissare den Plan ablehnten. Es ist wahrscheinlich, dass die Medienkampagne gegen den vom Volksgerichtshof abgeurteilten Widerständler und überzeugten Demokraten, der meinte, Informationspolitik sei nun mal ein wesentlicher Bestandteil der Regierungsarbeit, dessen Absichten also unverdächtig waren, dem Kanzler gerade recht kam. Denn sein Staatssekretär war ihm schon längst zu selbstständig und eigenmächtig geworden. In seinem Dankschreiben anlässlich seines Ausscheidens führte der Kanzler aber aus, er „würde es begrüßen, wenn Sie sich mir auch in Zukunft zur Erfüllung von Sonderaufgaben zur Verfügung stellen würden“.

Gelegenheit ergab sich dazu schon bald. Nach wenigen Monaten stellte sich nämlich heraus, dass die Fäden, die Lenz gehalten hatte, dem Amt entglitten. Zudem sank Adenauers Popularität im Frühjahr 1954 rapide ab. Dies brachte den Kanzler – sicher in enger Abstimmung mit seinem ehemaligen Staatssekretär – am 2. März auf die Idee, einen „Koordinierungsausschuss für Verlautbarungen der Bundesregierung“ ins Leben zu rufen und dessen Vorsitz mit Schreiben vom 1. Juni 1954 Otto Lenz anzuvertrauen. Der Wille, die informationspolitischen Aufgaben zu erledigen und Macht zu erhalten, brachte Ideen hervor, die durch die Vermischung von exekutiven und legislativen Elementen schwerlich mit der Staatsräson zu vereinbaren waren. Als dieses Vorhaben bekannt wurde, das vorsah, das Bundespresse- und Informationsamt, die dreizehn Pressestellen der Bundesministerien und die „Bundeszentrale für Heimatdienst“ den Richtlinien des Lenz-Ausschusses unterzuordnen, brach in Presse und Rundfunk ein Sturm der Entrüstung los. Wieder wurde der „Propagandist für Adenauer“ und für die Union in die Nähe

von Joseph Goebbels gerückt, sodass die Idee alsbald wieder in der Versenkung verschwand. So war Adenauer mit seinen medienpolitischen Vorstellungen bereits zweimal gescheitert, als er einige Jahre später – diesmal ohne Lenz – einen dritten Anlauf unternahm, die Informationspolitik der Regierung zu bündeln. Nach der Bundestagswahl von 1957 hatte er erkannt, dass die Zukunft dem Fernsehen gehöre. So war er entschlossen, für die nächste anstehende Wahl im Jahr 1961 ein Regierungsfernsehen zu etablieren. Aber auch hier stieß er auf unüberwindliche Schwierigkeiten, auf den Widerstand der Länder, aber auch auf das autonom entscheidende Bundesverfassungsgericht, das mit seinem Urteil vom 28. Februar 1962 die Adenauerschen Pläne zunichte machte.

Die Kritik, die sich 1953 im Informationsministerium und 1954 im Koordinierungsausschuss vordergründig gegen Lenz richtete, zielte jeweils auf den Kanzler und dessen medienpolitische Lenkungskonzepte, die im Spannungsfeld zwischen Informations- und Kommunikationsfreiheit und staatlicher Aufgabenwahrnehmung zum Scheitern verurteilt waren. Erst in der Zeit der sozialliberalen Koalition wurden die Lenzschen Vorstellungen realisiert. Mit dem Organisationserlass des Kanzleramts vom 18. Januar 1977 erhielt das Bundespresseamt den Auftrag zur „Koordinierung der presseübergreifenden Öffentlichkeitsarbeit des Amtes und der ressortbezogenen Öffentlichkeitsarbeit der Bundesministerien bei Maßnahmen, die Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung betreffen“.

## Außenpolitisches Engagement

Lenz blieb zwar auf seine politische Arbeit als Abgeordneter im Bundestag beschränkt, seine politischen Strategien verfolgte er jedoch unbeirrt weiter. Sein Einfluss in der Partei und der CDU/CSU

Fraktion, den er hinter den Kulissen ausübte, blieb beträchtlich. Er war stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschusses zum Schutz der Verfassung und des Ausschusses für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films. Als Vorsitzender des außenpolitischen Arbeitskreises seiner Fraktion wandte er sich mehr und mehr außen- und europapolitischen Themen zu. Als Vorsitzender des Unterausschusses Saar des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags wirkte er an der Lösung der Saarfrage, der „kleinen“ Wiedervereinigung, mit. Anfang 1956 übernahm er das Amt des Präsidenten der neuen Deutschen Atlantischen Gesellschaft, deren Gründung er maßgeblich betrieb, nachdem er die seit 1954 bestehende französische Gesellschaft für die Atlantikgemeinschaft kennen gelernt hatte. Auch eine Europäische Gesellschaft strebte er an, um dem Gedanken der NATO im internationalen Rahmen mehr Wirkung zu verschaffen und ihn im Bewusstsein der Bevölkerung besser zu verankern. Neben seiner atlantischen Orientierung lagen dem Befürworter der europäischen Integration auch die Bemühungen um eine Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses besonders am Herzen. 1955 wurde er Mitglied in der Beratenden Versammlung des Europarates.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 25. März 1957 unternahm er zusammen mit einigen Abgeordneten aus den sechs Gründungsstaaten vom 6. bis 19. April 1957 eine Reise nach Französisch Westafrika, die die Gruppe in den Senegal, nach Mauretanien, Guinea, in die Elfenbeinküste, den Sudan, nach Obervolta, Dahomey und Niger führte. Die Parlamentarier wollten Fragen eines Assoziationsvertrages und die Entwicklungsmöglichkeiten des entstehenden „Gemeinsamen Marktes“ prüfen, zu dem auch Afrika „dazugehören“ sollte. Die

anstrengende Reise endete im vom Unabhängigkeitskrieg geschüttelten Algerien. Um mit vollen Kräften in den bevorstehenden Wahlkampf zu gehen, in dem er eine ähnlich aktive und erfolgreiche Rolle zu spielen gedachte wie 1953, wollte er auf Ischia etwas ausspannen, erkrankte aber an einem heimtückischen Fieber, das er sich in den Tropen zugezogen hatte. Völlig unerwartet verstarb er am 2. Mai 1957 in Neapel.

### Späte Affäre und letzte Ehre

Noch einmal, fast zehn Jahre nach seinem Tod, kam Lenz ins öffentliche Gerede, als im Zusammenhang mit der Beschaffung des Schützenpanzers HS-30 ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Da er – drei Monate vor seinem Tod – im Namen der Firma Hispano Suiza als Sozius einer Anwaltsgemeinschaft die Verträge geschlossen hatte, galt er als eine der Schlüsselfiguren der Affäre. Schon am 27. August 1957 war in der *Frankfurter Rundschau* der Verdacht geäußert worden, Lenz habe bei diesem Geschäft drei Millionen an Provisionen erhalten und ein bestimmter Teil der Auftragssumme sei in die Wahlkampfkassen der CDU geflossen. Man munkelte sogar von nachrichtlichen Verbindungen nach Osten, wobei an seine mehrwöchige sowjetische Haft, an Kontakte zu Oberst Tulpanow und zu anderen sowjetischen Offizieren und Funktionären in den Jahren 1945 bis 1947 (diese Kontakte waren für führende CDU-, ebenso wie SPD- oder LDP-Angehörige geradezu zwangsläufig) ebenso wie an seine Freundschaft mit dem 1953 verhafteten DDR-Außenminister Georg Dertinger erinnert wurde. Diese Vorwürfe und Unterstellungen konnten weder erhärtet noch gar bewiesen werden. Lenz geriet dennoch ins Zwielicht. Sie sind kennzeichnend für das nachhaltige Misstrauen, das seine politischen und publizistischen Gegner gegen den erfolgreichen PR-Gestalter der Ade-

nauerschen Politik und den bedeutendsten Propagandisten seiner Partei auch lange nach seinem Tod noch hegten.

Seinem nachhaltigen Ruf und seinem Rang tat dies jedoch keinen Abbruch. Lenz war ein Modernisierer, der die neuesten – aus den USA kommenden – Erkenntnisse umsetzte und die Klaviatur der „öffentlichen Meinungsmache“ (Walter Henkels) wie kaum ein anderer zu seiner Zeit beherrschte. Er betrachtete die PR-Arbeit weniger als Hilfsmittel denn als Gestaltungs- und Produktionsmittel der Politik. Seine Überzeugung, dass die Demokratie in Deutschland von der Aufklärung über das Wesen des freiheitlichen Staates abhängt, verfolgte er mit scharfer politischer Intelligenz, eindrucksvoller Arbeits- und Gestaltungskraft und einem untrüglichen Gespür für Stimmungen und Nuancierungen der öffentlichen Meinung. Er war ein hervorragender Kommunikator, der für sich und seine Vorstellungen einnehmen konnte, aber im politischen Geschäft auch nie mit seiner Meinung hinterm Berg hielt, sondern sie immer direkt und geradeheraus artikulierte. Gegen die zur Ver-

wirklichung seiner – auch parteipolitischen – Auffassungen entfalteten Aktivitäten wirkten die Methoden der Opposition traditionell, ja geradezu altbacken. Dies verschaffte ihm nicht nur Freunde, sondern auch Neider und Gegner, zumal er für seine Aktivitäten beträchtliche finanzielle Ressourcen akquirierte und unkonventionell einsetzte. Alljährlich wurde heftig über die ihm zur Verfügung stehenden Reptilien-Fonds diskutiert. An dem großen Zugewinn seiner Partei 1953 und an der Akzeptanz der Politik in den ersten Jahren der Adenauer-Ära hatte er entscheidenden Anteil. Für die junge Demokratie und für ihren Kanzler war er der richtige Mann zur richtigen Zeit.

Adenauer war sich dessen wohl bewusst und würdigte Lenz am 1. Juli 1957 vor dem CDU-Bundesvorstand: „Es ist [...] in unserer Partei ein Verlust eingetreten, der bis jetzt nicht ausgefüllt ist. Herr Lenz war ein sehr einfallreicher und ein sehr kluger Mann. [...] Er hat sich [...] der Arbeit für unsere Partei in einer Weise gewidmet, für die wir ihm über das Grab hinaus von ganzem Herzen danken.“

### **Patriotismus und Wettbewerb**

*„Wenn ich zwischen schlechten polnischen Schuhen und guten Schuhen aus Österreich wählen kann, nehme ich letztere. Es ist doch wohl keine Lösung, mich deshalb als Verräter und schlechten Patrioten zu bezeichnen, wie es die Populisten tun. Die Polen müssen sich der Herausforderung stellen, und sie brauchen keine Angst zu haben. Sehen Sie diese Redaktion, die Redaktion der ‚Gazeta Wyborcza‘, die muss sich vor keiner der großen Zeitungen in Europa verstecken. Vor 14 Jahren haben wir ohne einen Dollar angefangen, und alles, was Sie hier sehen, haben wir mit unserer Arbeit erschaffen. Bei der ‚Gazeta Wyborcza‘ haben wir keine Angst vor Konkurrenz. Wir überlegen sogar, eine deutsche Zeitung zu kaufen. Und dass die Deutschen vor unserer Konkurrenz Angst haben, macht mir, ehrlich gesagt, eine gewisse Freude.“*

Adam Michnik, Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza* (Warschau), am 28. Mai 2003 in *Die Zeit*.